

"Türkei und (k)ein Ende?" in Luxemburger Wort (17. Dezember 1997)

Quelle: Luxemburger Wort. 17.12.1997. Luxembourg.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a.

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"turkei_und_k_ein_ende_"_in_luxemburger_wort_17_dezember_1997-de-f5909dc6-d58f-4310-b1e4-cf26f1ef6def.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 18/09/2012

Türkei und (k)ein Ende?

Der Abschluß der Luxemburger EU-Präsidentschaft sollte nicht zum „Türkei-Gipfel“ ausarten. So wenigstens wollte es Premier Jean-Claude Juncker. Der Ratspräsident konnte das Unheil auch teilweise abwehren.

So war es den Staats- und Regierungschefs gegönnt, ihre historische Entscheidung betreffend den zukünftigen EU-Beitritt von zehn mittel- und osteuropäischen Nationen sowie von Zypern zu treffen, trotz türkischer Blockadeversuche. Andererseits jedoch überschattete die Türkeifrage sämtliche Erweiterungsvorbereitungen. Und sie wird es voraussichtlich auch noch in Zukunft tun.

Worum geht es überhaupt?

Schon seit langer Zeit will die Türkei Teil der europäischen Familie werden. Seit 1963 (Assoziierungsabkommen mit der EG) hat Ankara unermüdlich auf seine europäischen Ambitionen hingewiesen.

Ambitionen allein genügen jedoch nicht. Es müssen vor allem Bedingungen erfüllt werden, um der Gemeinschaft beitreten zu dürfen. Und diese Bedingungen (die übrigens nicht spezifisch türkeigebunden sind, sondern gleichermaßen für alle Beitrittskandidaten gelten) erfüllen die Türken nicht, weder was die Demokratie und die Menschenrechte angeht, noch was die wirtschaftliche Entwicklung betrifft.

Um EU-Mitglied zu werden, müssen die demokratischen Institutionen des Antragstellers zur vollsten Zufriedenheit funktionieren. In der vom Militär beherrschten türkischen Pseudo-Demokratie ist dies nicht der Fall.

Hinzu kommt noch die Tatsache, daß die Menschenrechtssituation desaströs ist (Einkerkerung politisch Andersdenkender, willkürliche Festnahmen, Folter im Gefängnis, Mißachtung der Pressefreiheit... sind an der Tagesordnung) und daß die Minderheitenfrage (das leidige Kurdenproblem!) zum Vernichtungskrieg ausartet.

Es ist eine Ironie der Geschichte, daß das türkische Militär einerseits der Garant ist für die Bindung der Türkei an den Westen (durch die positive Rolle als Nato-Partner in einer geopolitisch wichtigen Region), andererseits aber das Obstakel für eine demokratische Entwicklung im Respekt der Menschen darstellt und somit die faktische Integration in den Westen - als EU-Mitglied - unmöglich macht!

Um EU-Mitglied zu werden, muß der Antragsteller zudem einen Grad der wirtschaftlichen Entwicklung erreicht haben, der ihm erlaubt, die große Anzahl der schon bestehenden europäischen Gesetze und Bestimmungen („acquis communautaire“) in das nationale Recht einzuführen. In der Türkei ist die wirtschaftliche Entwicklung noch sehr weit davon entfernt (insbesondere im ländlichen Raum, wo z. T. mittelalterliche Zustände herrschen), auch nur annähernd den EU-Standard zu erreichen.

Sogar wenn sie es gewollt hätten, unter diesen Bedingungen konnten und durften die EU-Partner den Türken den Beitritt nicht gewähren. Deshalb schufen sie eine „Europakonferenz“, in der sich die 15 mit den zehn mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten, mit Zypern und mit der Türkei auf höchster Ebene zu politischen Gesprächen treffen wollen.

Unter verschiedenen Bedingungen, allerdings. Diese lauten: Akzeptanz der Kriterien Frieden und Sicherheit, gute Nachbarschaftsverhältnisse (der ewige Konflikt Türkei-Griechenland läßt grüßen!), Anerkennung der Außengrenzen der Union (hier ist der Streit um die griechische Insel Imia, die von der Türkei beansprucht wird, angesprochen), Anerkennung der Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag im Krisenfall (von Griechenland akzeptiert, von der Türkei jedoch abgelehnt), Respekt des Rechtes auf EU-Beitritt für jeden Staat, der die Kriterien erfüllt (die Türkei widersetzt sich einem EU-Beitritt Zyperns).

Für die Türkei war beides unannehmbar: die Vorbedingungen sowie die Tatsache, daß Ankara nicht

gleichberechtigt mit den anderen elf Kandidaten zu direkten Verhandlungen zugelassen werden konnte.

In einer (wohl geplanten!) Trotzreaktion schlugen die Türken die für sie speziell geöffnete Tür zu, brachen den politischen Dialog ab und erklärten zudem, nicht mehr an der Zollunion mit Europa interessiert zu sein (in der Tat bringt diese Union in einer ersten Etappe mehr Vorteile für Europa als für die Türkei!).

Die Suppe wird sicherlich nicht so heiß gegessen, wie sie gekocht wurde. Nach einer Übergangszeit, während der die Türken radikal auftreten müssen, um vor ihrem Heimpublikum das Gesicht nicht zu verlieren, werden sicherlich versöhnlichere Töne erklingen.

Damit ist das türkische Störpotential in der Zypernfrage jedoch noch nicht entschärft. Ankara hat gedroht, den seit 1974 besetzten nördlichen Teil der Insel (den die Türken sowieso schon von den Griechisch-Türken „ethnisch“ gesäubert haben!) zu annektieren. Die 1998 beginnenden Verhandlungen für den EU-Beitritt Zyperns werden dadurch nicht vereinfacht...

Sicherlich wird die Türkei auch ihre geographische Lage (an der Schnittstelle vom Balkan, Mittleren Osten und Kaukasus ausnützen, um über den amerikanischen Nato-Verbündeten Druck auf die Europäer auszuüben. Sowieso drängen die Vereinigten Staaten schon lange auf einen EU-Beitritt für ihren Schützling.

Mit anderen Worten: die Türkei-Frage wird die Europäer noch lange und intensiv beschäftigen...